

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erhältlich Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark.
Herausgeber: Geschäftsführer Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftskonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teil 500 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1000 M.,
unter Eingesch. 1500 M. Erhöhung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Nebenblätter: Landtag-Beilage, Beziehungskarten der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuchhaltung
der Landes-Brandversicherungsaufstalt, Verkaufskarte von Holzpfosten auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: Geschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 129

Mittwoch, 6. Juni

1923

Baldwins Gelegenheit.

Eine Warnung der „Times“.

London, 6. Juni.

In einem „Baldwin Gelegenheit“ über-
schriebenen Zeitungsausschluß ihres „Times“ ans-
tellt wirtschaftliche Chaos Europa werde erstmals
die erste Sorge des neuen Premierministers
sein, der im laufenden Leben groß ge-
worden sei und Finanzierungen im Schaf-
fende unter zwei Ministerien gesammelt habe.
Das Grundproblem sei die endgültige
Regelung der deutschen Repara-
tionen. Wenn sie erfolgt sei, so werde jede
andere Regierung leicht gemacht werden. Es
dürfe kein Versuch gemacht werden,
die Reparationsfrage mit der
Frage der französischen Sicherheit
zu verknüpfen. Es drohe Frankreich
angemessen keine Invasion. Die Gefahr
bestehe auch nicht, solange die alliierten
Heere das Rheinland nicht hätten. Die
Erfüllung der Sicherheit ergebe außerdem
immer nationale Leidenschaften. Es sei
wesentlich, daß die Reparationsfrage so
leidenschaftlos wie möglich erörtert werde.
Sie sei ein wirtschaftliches Problem,
das auf wirtschaftlichem Wege ge-
löst werden müsse. Es sei wesentlich,
daß die gegenwärtige britische Regierung mit
diplomatischer Rücksicht auf Frankreich Gesäß,
vorerst mit nächsterer Orientierung der wirt-
schaftlichen Tatsachen, vorgehe. Brides zu ver-
einen, sei freilich leiseviel leicht. Baldwin
werde jedoch den Vorfall der Unruhen und
Deutschlands Reparationszahlungen hält an-
gedacht. Die Zahlungsfähigkeit Deutsch-
lands sei vermindert worden. Und
was noch schlimmer sei, der Geist der
Feindseligkeit sei in Deutschland
größer und blitzzart geworden. Alle deutschen
Güter, die noch vor Monaten unentzweigbar
seien, würden in eine fest geschlossene Oppo-
sition zusammengebracht. Die Einwohner
des Ruhegebietes hätten sich aus eignem
Maire die Beleidigung ihrer Freiheiten
widerstellt. Ihre Haltung habe Vergeltungs-
maßnahmen der französischen Verwaltung her-
vorgerufen. Es sei keine Übereinkunft, wenn
gesagt werde, daß jetzt eine Herrschaft des
Tecktorf geschaffen würde. Alle deutchen
Beamten, die den Befehlen des Generals
Dugoult nicht folgten, würden eingekerkert
oder ausgewiesen. Die Zahl der Vertrie-
benen gehe in die Tausende wöchentlich.

Die Familien der Opfer würden einige Tage
wieder aus ihren Häusern abgeschieden,
ohne Schutz, ohne Gegenmittel, Ver-
zweiflung und Angst im Herzen. Entschlungen
und Entschlossen würden zahlreicher. Die Indu-
strielle Erholung, die sich endlich in
England zu zeigen begann, sei zum Still-
stand gekommen. Der britische Handel im
Rheinland gefährdet. Der voll-
ständige finanzielle Zusammenbruch Deutschlands
können sie niemandem von Vor teil sein. Trotzdem
würde dieser Zusammenbruch Deutschlands
eine schreckliche Folge der französischen
Politik sein, wenn sie nicht sofort und praktisch
abgelaufen würde. Es seien Anzeichen vorhanden,
daß Belgien ungeduldig werde und gern
seinen Anteil am Rheinland zurückfordere.
Die Haltung Belgien sei zweifellos nicht
unvereinbar mit der Großbritannien. Die
Brüsseler Konferenz könnte das Beispiel für eine
größere Zusammenkunft sein, auf der Italien und
Großbritannien ebenfalls anwesend sein würden.

Pariser Stimmungswinde gegen das deutsche Angebot.

Paris, 6. Juni.

Nach Wiedergabe einiger Blätter beabsichtigt
die deutsche Regierung, in ihrer Rolle ein Wo-

ratatorium von vier- oder fünfjähriger
Dauer zu beantragen. Wenn das der Fall sei
sollte, so lädt sie nur sagen, daß ein solches
Verlangen nicht nur bei den hierigen amtlichen
Stellen, sondern bei der Gesamtheit der
französischen öffentlichen Meinung ein-
schließlich der sozialistischen auf den schärfsten
Widerstand stoßen würde. Man ist hier in den
breitesten Kreisen der Auffassung, daß, selbst wenn
die deutsche Regierung in den nächsten Jahren
aus den laufenden Reichenannahmen für die Re-
parationen nichts zu erbringen vermöge, sie auf

dem Wege ihrer Anteilen wenigstens einen Teil
der erforderlichen Beläge auszubringen. In der
Vorlage sehr müsse, und man verweise dabei auf die
Tatsache, daß während Frankreich in den vier
Jahren seit Kriegsende auf 100 Milliarden Francs
auf dem inneren Geldmarkt zu finden vermochte,
in Deutschland in dieser Richtung bisher so
gut wie nichts geschehen sei. Die Verhöhnung
der neuen deutschen Vorschläge ist von der feind-
lichen Propaganda denkt werden, um die tenden-
ziösen Meldungen und Kombinationen über Form
und Inhalt des nun seit Wochen angekündigten und

immer wieder hinausgeschobenen neuen deutschen
Angebotes zu verbreiten. Der Zweck dieser Ma-
ßnahme ist nicht schwer zu durchschauen. Durch eine
zerlegende Kritik sollen die deutschen Vor-
schläge, wie auch immer sie ausfallen mögen,
bereits im voraus abgeschlagen werden. Der „Tempo“ wiederholt die offizielle Er-
klärung, daß die französische Regierung nur mit
innerem Widerstreben und gedrängt durch äußere
Notwendigkeiten sich sowohl zu dem isolierten
Vorgehen im Ruhrgebiet wie auch zu der separaten Beantwortung der
letzten deutschen Note entschlossen hätte.
Es ist das in der Absicht, London und
Brüssel im vorauß die Verantwortung
zuzuschreiben, falls sich diesmal trotz der
französischen Bereitschaft zu einer Beschließung
mit den Alliierten eine Kollektivantwort auf die
neue deutsche Note als unmöglich erweisen sollte.
Der springende Punkt für die französische Re-
gierung sei, welche Antwort Deutschland auf
die von ihr gestellte Bedingung der
Aufgabe des passiven Widerstandes geben
wolle. Erfüllte die deutsche Regierung diese Be-
dingung nicht oder gehe sie in ihrer Note mit
Stillschweigen darüber hinweg, so erwarte Frank-
reich, daß alle Alliierten sich mit ihm vereinen
würden, um Deutschland die Erfüllung dieser For-
derung aufzuzeigen. Das sei das Kriterium,
nach dem man in Frankreich die Möglich-
keit einer gemeinsamen Antwort beurteilt.
Aber das Nachdruck, mit dem die belgische Re-
gierung auf eine abschließende Regelung
der Reparationsfrage und damit zugleich
auf die Liquidation der Ruhrpolitik
drängt und die Unterstützung, die sie dabei
offenbar in der größeren Aktivität der neuen
englischen Regierung gegenüber den euro-
päischen Problemen findet, ist in Paris nicht ohne
Wirkung geblieben. Die von England und Belgien
gewöhnliche gemeinsame Beantwortung
findet eigentlich nur noch in der nationa-
listischen Presse Widerspruch, während
der Regierung nachstehende Dinge die öffentliche
Meinung darauf vorzubereiten suchen, daß Frank-
reich sich der von den übrigen Alliierten angestrebten
Kollektivisation nicht entziehen könne, ohne seine
diplomatische Position zu schwächen.

Die gescheiterte Marktfüllungsaktion.

Bernehmung weiterer Sachverständiger.

Berlin, 6. Juni.
Der Ausschuß des Reichstages zur
Untersuchung der Vorgänge, die zum Fehlschlagen
der Marktfüllungsaktion geführt haben,
hatte zu seiner heutigen zweiten Sitzung den
Reichsbankpräsidenten Havenstein, die Staats-
sekretäre Bergmann, Trendelenburg (Wirtschaftsministerium), Schröder (Finanz-
ministerium), den Staatskammerrat für die Börse,
Gebr. Rat Lipper, Gebr. Rau, Kaufmann
vom Reichsbank und den Bankier Voß
(Bankhaus Bleichröder) zur Auskunftsverteilung
geklungen.

Vor Eintreten in die Tagessitzung teilte der
Borschmitz, Abgeordneter Lange-Hegemann
(Bente) mit, daß der Ausschuß in der Zwischen-
zeit zwölf nichtöffentliche Sitzungen abgehalten
habe. Der Borschmitz wandte sich dann an die
Presse und bat sie, dem Ausschuß nicht mehr Be-
deutung beizulegen, als er tatsächlich habe.

Der Ausschuß trat nunmehr in seine Tagessitzung
ein und hörte zunächst den Bankier Voß,
der als banktechnischer Berater bei der Stützung-
aktion mitgewirkt hatte. Dieser erklärte, die So-
zialverbänden hätten sich von Anfang an, in vollem
Einvernehmen mit den zuständigen Stellen,
auf den Standpunkt gestellt, daß der Stützung-
versuch der Markt nur für eine gewisse Zeit
einsicht auf Erfolg hätte.

Staatssekretär Dr. Bergmann schloß sich den
Auskünften des vorher vernommenen Gut-
achtriets an.

Der Reichskommisar an der Börse, Gebr. Rat
Lipper, führte aus: Die bisher gehörten Gut-
achten kann ich nur durch den Hinweis auf die
Tatsache ergänzen, daß die französische
Regierung durch ihre Stellungnahme gegen-
über der Aufgabe des Dollarschahans we-
iungen und der Garantieverlösung der Reichs-
bank, und das zwar der Aufnahme der Niede
des Außenministers Rosenberger vom 16. April
in Frankreich das Vertrauen der Welt und der
deutschen Wirtschaft in eine weitere Möglichkeit,
den Kurs zu halten, wesentlich geschwächt hat.

Auf eine Frage des Abg. Robert Schmidt
(Soz.) erwiderte

Reichsbankpräsident Havenstein:

Die Frage, wie hoch die Devisenbestände

der Banken und der deutschen Wirtschaft
sind, ist sehr umstritten. Im Ausland nimmt
man praktisch hohe Ziffern.

Ich glaube, daß ich die Devisenbestände,
die unsere Wirtschaft überhaupt hat, bes-
onders im Ausland, mit einer Summe
von zwei Milliarden Goldmark eins-
schließlich unterschreibe, wirtschaftlich sehr
hoch überstehen. Wir haben den
Begriff der Zahl verloren.

Seit Mitte 1920 bis heute ist ein
Festhalb der Handelsbilanz von etwa
sechs Milliarden Goldmark einge-
getreten. Zur Abdeckung dieses Fest-
halbs mußte unsere Kreditfähigkeit im
Ausland stark angespannt werden. Es
konnte also nicht aus der Ausfuhr und aus
dem laufenden Markt auch noch eine Kredit-
förderung an Devisen sammeln werden.

Abg. Schmidt (Soz.) vermittelte in dieser An-
wort die Verabsichtung des Westen und
Grundstückverkaufs an das Ausland.

Havenstein erwiderte, daß
und dem großen Kreis beteiligter Banken nur
ein einziger Vertreter die Summe von drei Milli-
arden Goldmark als Devisebestand für möglich
gehalten habe.

Bankier Voß verneinte die Frage, ob die
Devisenmarkt lediglich aus volkswirtschaft-
lichen Notwendigkeiten ausgeschafft worden
seien. Es sei ferner, den einzelnen Kontobesitzer
in die Seele zu schauen.

Abg. Schmidt (Soz.) machte darauf aufmerksam,
daß durch Anlegung von großen Beträgen
für den späteren Wiederaufbau über die un-
mittelbaren und augenblicklichen Bedürfnissen hinaus
der Devisenmarkt schwer belastet werde.

Bankier Voß gab zu, daß die Devisenbestände
in normalen Zeiten geringer gewesen sind, hielt
sie aber für eine Notwendigkeit, zum Beispiel
für Saisonverkäufe und -länden.

Auf eine weitere Frage des Abg. Schmidt
(Soz.) erklärte Bankier Voß, es gebe natürlich
auch Bankkunden, die Devisen angeschafft, obwohl
sie überhaupt gar keinen Geschäftsbetrieb
haben.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Drach (D. Sp.)
erwiderte der Sachverständige Trendelenburg, daß er
eine Befreiung von Devisen auf dem Umweg
über ausländische Notverwertungsgesellschaften für
unmöglich hält.

Abg. Schmidt (Soz.) fragt den Reichsbank-
präsidenten, ob die in der Presse vielfach ge-
äußerte Meinung zutrifft, daß die vor der Reichs-
bank gewährten Kredite auf dem Devisenmarkt
verwendet worden sind.

Reichsbankpräsident Havenstein:

Daß Devisen gelaszt werden können aus
den von der Reichsbank zur Verfügung ge-
stellten Krediten, darüber ist kein
Zweifel.

Wenn aber in der Presse der Meinung
Ausdruck gegeben werden soll, daß die
Wechselkredite der Reichsbank ein besonderer
Faktor gewesen sind, der dahin wirkt, die
genannte Möglichkeit in großem Maße zu
verstärken, so kann ich diese Frage
auf vollste Überzeugung verneinen.

Unsere ganze Stützungaktion hatte
mit den verhängnisvollen Faktoren zu
kämpfen, die wir auf der einen Seite ver-
suchten zu kontrollieren, die Mark an und zu ziehen
und anderseits durch die weltpolitischen
Verhältnisse gezwungen waren, ungemeine
Geldverträge in den Kreis zu werfen.

Auf Anfrage des Abg. Schmidt (Soz.) teilte
Staatssekretär Trendelenburg mit, daß auf Grund
der allgemeinen Devisenordnung vom Oktober vorigen
Jahrs Bestrafungen erfolgt seien.

Hieran knüpft sich eine Geschäftserordnung
an, welche über die Frage einer besondeten Be-
handlung der Devisenbeschaffung und der Kontrolle
in besonderer Weise.

Der Frieden ist möglich.

Paris, 6. Juni.

Unter dem Vorwurf von Painlevé und Vandervelde
sind laut Havas in Toulouse ein: Ge-
bärdinöser für Jaurès Part. Der Ab-
geordnete Moulot verlas eine von Anatole
France verfaßte Rede, in der es heißt: Es
gibt eine Sache, die alle einen kann, Republi-
kane, Sozialisten und Kommunisten, die Wiederherstellung
des Friedens. Wie machtvoll würde Jaurès seine
Stimme für den Frieden donnern lassen nicht für
jenen Frieden, unter dem im Saar- und Ruhr-
gebiet die Feindseligkeiten fortgehen, sondern
für den wahren Frieden, der eine wahre
Annäherung zwischen allen Nationen in erster
Linie zwischen Frankreich und Deutschland
herstellen möchte. Es ist möglich. Be-
weisen wir, daß wir der Rede von Jaurès treu
bleiben. Einigen wir uns in Frankreich, die
Reaktion niederzuwerfen. Einigen wir uns in
Europa, um den Frieden wieder herzustellen.

Der Vertrag von Versailles moralisch ungültig.

London, 6. Juni.

Die religiöse Gesellschaft der Freunde
in England hat einen Aufruf an die Völker
und an die Regierungen gerichtet, in dem
es heißt: Der Vertrag von Versailles hat
Frankreich und der Welt weder Frieden noch
Sicherheit gebracht. Durch seine Erzwingung wird
der Nationalismus in Deutschland jetzt verstärkt,
der Friedenswillen zerstört, der Geist des Nach-
wuchs gestärkt. Und bedingt hauptsächlich seine
grundlegende Unmoralität. Es war ein Unrecht,
die Besiegten von der Friedenskonferenz
auszuschließen. Es war ein Unrecht, die
Alleinschuld zu unterstellen und das Be-
kenntnis dieser Schuld durch die Waffen der

Demission des estnändischen Kabinetts.

Königsberg 1. Jr. 5. Juni.

Das estnändische Ministerium hat beschlossen, in seiner Gesamtheit zu demissionieren, um dem neuwählten Parlament Gelegenheit zu geben, sofort die Bildung eines neuen Kabinetts in die Wege zu leiten.

Alte Auslandsnachrichten.

Paris, 6. Juni.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höflein reichte eine Klage gegen den französischen Minister des Innern ein, den er für seine weitere Inhaftierung verantwortlich macht. Höflein wird tatsächlich nur für die angeblich ungeschickliche Gestaltung von Transfagen in Deutschland weiter in Haft behalten.

Konstantinopel, 6. Juni.

Die Streitfrage wegen der Bölle an der Galatäbrücke ist befriedigend geregelt worden. Die Gemeindebehörden versprachen die regelmäßige Ablieferung der Bölle an die türkische Nationalbank.

Baragojo, 6. Juni.

Monsignore Salviella V. Romero, der Katholikenbischof von Baragojo, und einer seiner Angehörigen sind aus der Strafe durch den unbekannten durch Revolverschüsse ermordet worden.

London, 6. Juni.

Neuer meldet aus Tokio: Hier sind mehr als 100 Kommunen und führende Sozialisten verhaftet worden. Die Polizei versichert, sie habe eine Verschwörung gegen den Staat entdeckt.

Bom Landtag.

Der Abg. Dr. phil. Herrmann (D. Voltsp.) Professor an der Realhochschule in Werda, ist gefordert. An seine Stelle tritt Justizrat Spiegel Ulrich Chemnitz im Landtag ein.

Die nächste öffentliche Plenarsitzung des Landtags findet nächsten Dienstag, den 12. d. M., vormittags 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen 23 Punkte, alles Anträge und Anfragen politischen Charakters, jedoch voraussichtlich eine längere politische Aussprache stilistischer wird.

Dem Landtag sind zwei weitere Regierungsvorlagen zugegangen: Nr. 55, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften vom 1. Juli 1921 (G.-Bl. G. 202) betr., wonach § 1 Abs. 3 und § 5 des genannten Gesetzes aufgehoben werden und § 4 Abs. II Satz 2 folgende Bestzung erhalten soll: „Dies hat ihn mir zu beanstanden, wenn die Erhebung der Bausätze nach § 3 aufgeschlossen ist. Dieses Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten“.

Die andere Vorlage, Nr. 56, betrifft den Entwurf eines Gesetzes über eine Amnestie für Not- und Abteilungsdelikte. Derselbe ist schon berichtet worden.

Wie die sächsische Regierung spart.

(N.) Vor einiger Zeit haben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ eine Rottz gebracht, in der die Sparmaßnahmen des Dresdner Stadtrates und des sächsischen Staates gegenübergestellt wurden. Die in der Mehrheit bürgerliche Stadtverwaltung“ habe im Laufe von

nicht ganz zwei Jahren 1537 Stellen eingespart. Die sächsische sozialistische Regierung, die seitlich bei oder vier Stellvertreter ernannt habe, habe zugegen im vorigen und in diesem Jahre nicht nur keinen einzigen Beamten gespart, sondern im Staatshandbuch für 1923 forderte sie sogar noch 235 neue Beamtenstellen, wogegen nur 82 Beamten- und 114 andere Stellen fortfallen, sodass 59 neue pensionsberechtigte Beamtenstellen geschaffen werden seien. Viele Tausende von Beamtenstellen könnten, wie das Dresden Beispiel zeigt, auch in der Staatsverwaltung gespart werden, wenn nicht immer wieder neue, zum Teil überflüssige Stellen geschaffen würden.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben sich ihre Beweislast sehr leicht gemacht. Weil die Stadt Dresden 1537 Beamtenstellen sparte, so folgten sie, könnte der Staat viele tausende Beamte sparen. Es fällt dem Blatte nicht ein, zu untersuchen, ob die Bedingungen für beide Verwaltungen gleich sind. Sie sind natürlich sehr verschieden, ein Vergleich muss deshalb immer hinnehmen. Wenn ernstlich geprüft werden soll, ob der Staat das Seinige tut, um zu sparen, so muss man seine Maßnahmen beobachten, die diesem Ziel dienen.

In jedem Verwaltungszweige des Staates sind Beamte beansprucht worden. Sparmaßnahmen unterliegen und zu fördern. Sie erfüllen diese Aufgabe neben ihren üblichen Dienstgeschäften von seiterlicher Erneuerung dieser oder vieler Sparmaßnahmen, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“phantasieren, ist also keine Rente. Ihre Tätigkeit dauert noch an. Viele Tausende von Beamtenstellen haben sie allerdings nicht eingespart können, weil sich in verschiedenen Verwaltungszweigen die Arbeit vermehrt hat. So hat z. B. im Kultusministerium die Durchführung des Schulbedarfsprogramms eine solche Arbeitsvermehrung zur Folge, ebenso die fortwährenden Anforderungen der Bevölkerungsbefestigungen, der Arbeitslosen, der Gewerkschaften und Kriegsblinderlebensfürsorge, der Kleinwohnungsbau, das Reichsmietenehre, die Angestelltenversicherung, die Wohlfahrtspflege und die Arbeitsvermittlung; die beiden Kreishauptmannschaften; die Demobilisationsbehörde (Schlichtungsausschüsse); bei den Polizeipräsidien und den Grenz-Kreishauptmannschaften; die Bahn- und Postenämtern. Dazu allgemein die fortwährenden Anforderungen der Besoldungsbestimmungen, der Gemeinde- und Bezirksleiterverschafflichen Vorrichtungen sowie der Ausbau der Gewerbeaufsicht. Bei einzelnen Behörden musste deshalb das Personal vermehrt werden. Trotzdem sind im ganzen in diesen drei Verwaltungszweigen Arbeitskräfte eingespart und anderen Dienststellen zugewiesen oder entlassen worden. Beim Justizministerium sind 129 von 1198 planmäßigen Stellen für juristische Beamte nach ihrer Erledigung nicht wieder besetzt worden. Außerdem sind 40–60 Expeditionsbeamte freigemacht worden, die der Praktikantengleichstelle zur Verfügung gestellt worden sind und mit anderen Arbeiten beschäftigt werden. Es müsste hier bei der Verminderung des Personalbestandes vorsichtig vorgehen werden, weil die kommenden neuen Zuständigkeiten (Reformierung der Strafgerichte,

Erhöhung der Aufsichtsregel der Amtsgerichte, Errichtung von Arbeitsgerichten und Ansiedelung der Wehrleistungskämmer an die ordentlichen Gerichte) eine starke Vermehrung der Arbeit mit sich bringen werden.

Der Personalverzehrung ist also aus geringeren Gründen eine enge Schranke gesetzt. Um so mehr wird verzucht, lösliche Ersparnis zu machen. Der Papierverbrauch, der Heimsprechverleih, die Fernsprechanschlüsse, die Poststellen, die Buchbindereien, der Verzug von Reitungen und Zeitschriften sind wesentlich eingeschränkt. Erhebliche Ausgaben sind durch den Austausch von Bureaubedarf, wie Schreibmaschinen, Schreibblättern usw. unter den Dienststellen erspart worden.

Die Geschäftsführung ist durch die Einführung Zeit und Papier sparend verfügt. Der Unterrichtsbehördenvorstand unter Reinhardt, durch die Einrichtung von Dienststunden für den Postverkehr, durch die Abkontrolle der Dienstsendungen zwischen den staatlichen Dienststellen in Dresden mittels Kraftwagens, wodurch Lizenzenpersonal gelöst wird, durch die Zusammenlegung der Postsendungen, durch die Bekämpfung der Verordnungen an die unterstellten Behörden durch die Verordnungsblätter statt durch besondere Befehlsbücher und anderes mehr vereinfacht worden.

Im Bereich der Polizeiverwaltung wurde eine wesentliche Ersparnis durch eine starke Herabsetzung des Personaleinsatzes der Landespolizei erzielt. Es wurde auf alle Reitpferde der Polizeiostifte verzichtet und die Zahl der Zugpferde erheblich herabgesetzt. Es wurden 22 Reitpferde und 108 Zugpferde eingepflegt. Auch für diejenigen Gendarmerie-Oberkommissare, in deren Bezirk die Verwendung von Reitpferden bei den jungen hohen Haltungskosten nicht wirtschaftlich erschien, wurden die Reitpferde abgeschafft. Wie hoch die dadurch erzielten Ersparnisse sind, kann man ganz abgesehen von den Auschaffungskosten für Pferdeerwerb, den Ersparnissen am Pferd, Ersatz und dem sehr teuren Hufbeschlag – daran erkennt, dass zur Zeit der Rentner Hofer 37 000 M. kostet und man für ein Pferd mindestens allein 3 Pferd-Hofer im Monat rechnen muss. Außerdem wurden nach der Durchführung der Neuorganisation der Polizei im Februar d. J. alle Kavallerie, die für die Umerziehung nicht mehr unbedingt erforderlich waren, an die Reichsinnungsverwaltung zurückgegeben, wodurch eine wesentliche Ersparnis an Pferde erzielt wurde.

Weitere Maßnahmen, von denen eine Verkürzung der Verwaltung und erhebliche Ersparnisse erwartet werden, wie die Zentralisierung des Einlaufs an Bureaubedarf und sonstigen Geschäftsstellen mit gleichen Bezeichnungen bei den unteren und Mittelbehörden, die Einführung von Werturkunden im schriftlichen Verkehr, sind in Aussicht genommen. Auch sind auf verschiedenen Gebieten der Staatsverwaltung Verbesserungen im Gange mit dem Ziel, durch organisatorische Änderungen im Verhördienst die Staatsaufgaben zu vermindern und den Geschäftsgang der Staatsverwaltung zu vereinfachen.

Dresden.

* Führung durch die Ausstellung „Spiel und Kind“ in der Jahresausgabe. Morgen, Donnerstag, nachmittags 1/2 Uhr, wird eine Führung durch die Ausstellung „Spiel und Kind“ und eine solche durch die Abteilung „Selbstgefertigtes Spielzeug und Wettkämpfe“ stattfinden. Die Führungen beginnen im Erd-

geschoss, Zimmer 12 der Kulturausstellung, Parkstraße 10a Leopoldstraße, und sollen Donnerstag wiederholt werden.

* Im Victoria-Theater ist abends 1/2 Uhr große Ballett-Aufführung, in welcher eine Reihe etablierter Künstler und Künstlerinnen auftreten. Die Kasse ist täglich von 10–1 Uhr und von 5 Uhr an geöffnet.

Aus Sachsen.**Kartoffelpreis.**

(N.) Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 4. d. M. einen Erzeugerpunkt von 5400 bis 5800 M. je Quintal für weiße, rote und gelbfleckige Sorten notiert.

Kreditbeschaffung für Schulbauten.

Nachdem der Landtag der Vorlage über Kreditbeschaffung für Schulbauten zugestimmt hat, steht der Regierung für diesen Zweck 50 Millionen zur Verfügung. Eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung des Kredits wird beantragt werden. Die zu gewährende Kasse wird nur in der Übernahme des Bürgschafts des Staates für Dauer bestehen. Die Schulbezirke haben die Dörfer selbst aufzunehmen, zu vergrößern und zu lagern. Nur in ganz besonderen gezielten Ausnahmefällen kann eine unmittelbare Tafelnsgewährung aus Staatsmitteln in Frage kommen. Es bleibt vorbehalten, die Übernahme der Bürgschaft an beobachtete Bedingungen zu knüpfen. Gefüge und eine Bürgschaft aus dem 50 Millionen-Kredit sind bei den Bezirksschulämtern einzurichten.

Unfallsfürsorge für Gefangene.

(N.) Renten, die auf Grund des Gesetzes über die Unfallsfürsorge für Gefangene und der dazu ergangenen Reichsverordnungen gewährt werden, können nach einer Verordnung des sächsischen Arbeitsministeriums vom 5. Juni d. J. unter gewissen Voraussetzungen bis auf den Betrag erhöht werden, den der Berechtigte erhalten würde, wenn der Unfall sich noch dem Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Dezember 1922 ereignet hätte. Anträge auf Erhöhung sind an die Aufsichtsbehörde zu richten, welche die Rente festgelegt hat, oder an die unter Verwaltungsbereich des Wohnorts. Die Ausführungsbehörde entscheidet schriftlich und hat bei Ablehnung des Antrages die Gründe mitzuteilen. Gegen die Entscheidung ist innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung Weitwerde an das Landesversicherungsamt zuwider, das endgültig entscheidet.

Bauen. Infolge der hiesigen Unruhen hat das Oberländische Heimatfest, das am Sonnabend und Sonntag hier stattfinden sollte, abgesagt worden.

Debitenzurk. 6. Juni.

Telegraphische Kurz-	Gef.	Brutto	Gef.	Brutto	Gef.
Anfang 1/2					
Galizien	1 Gold	30124,50	30275,50	66329,00	66401,00
Sachsenmark	1 Rent.	13965,00	13935,00	11360,00	11494,00
Schweid	1 Rent.	30430,00	30451,50	10558,50	10641,50
Riesenburg	1 Rent.	12469,50	12500,50	10260,00	10211,00
Hettstedt	1 km-Rent.	2664,50	2666,50	1720,50	1726,50
Saxonia	1 Rent.	13407,50	13428,00	11494,00	11484,00
Wittenberg	1 km-Rent.	1007,50	103,50	92,50	93,24
Wriezen		2234,00	2246,00	1925,00	1935,00
Wunsiedel	1 Rent.	12,48	12,48	11,87	11,83
Spaalen	1 Rent.	11212,00	11228,00	9725,50	9774,50
Weißenfels-Kemnitz	1 Rent.	4354,00	4331,00	3466,50	3484,00
Bautzen	1 km-Rent.	3491,00	3500,00	3092,50	3097,50
Senftenberg	1 km-Rent.	35511,00	35680,00	32857,00	32871,00
Senftenberg	1 Rent.	7087,00	7110,00	62343,00	62367,00
Senftenberg	1 Rent.	4837,50	4862,50	4019,50	4040,50
Senftenberg	1 Rent.	20083,00	20017,00	21345,00	22035,00
Bad Gottleuba	1 Rent.	789,00	202,00	690,00	702,00

Central-Theater**Berliner Operetten-Gastspiel**

Gesamtleitung: Dir. Felix Meinhardt.

Heute Mittwoch, den 6. Juni abends 7½ Uhr

Der große Operettenschlager

„Die Frau von Korosin“

Operette in drei Akten von Toni Thoms.

In den Hauptrollen:

Emmy Kreutzer als Gast

Inge van der Straaten als Gast

Cilly Neulen

Magda Busch-Kolmar 1773

Kurt Schoenert als Gast

Fritz Marcks, Paul Harden als Gast

Kurt Klotz-Oberland, Gustav Mahnke

Walter Glink

In Szene gesetzt von Direktor Felix Meinhardt.

Musikalische Leitung: Kapellmeister Hermann Henze.

Tänze von Eugen Clebus.

Kartenverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr an der Theaterkasse.

Invalidendank

Verein zur Erhebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden

Dresden, Johannstraße 8.

Anzeigen - Annahme für alte Zeitungen (seit 1877)

Rabengeldstück

1822 Die Direktion.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

5. Juni - 22	+ 6	+ 44	+ 70	+ 55	- 86	
6. Juni - 22	Ruhr	+ 37	+ 64	+ 65	+ 38	- 90

Tageskalender.

Donnerstag, 7. Juni.

Staatsbühne.

Opernhaus.

Schauspielhaus.

Zum ersten Male:

Ende Juli. — Mit

dem Frerz spielen. An-

Amtlicher Teil.

Auslösung von Staatsscheinen. Von den vormaligen Löbau-Bautzener Eisenbahngesellschaften sind heute folgende Nummern zur Rückzahlung für den 31. Dezember 1923 ausgelöst worden: die 3½%igen Aktien A Nrn. 4451 b/m. 4475, 4676 b/m. 4700, 5861 b/m. 5875, 9001 b/m. 9025, 11151 b/m. 11175, 13401 b/m. 13425, 14396 b/m. 14350 und 15151 b/m. 15175 sowie die 4%igen Aktien B Nrn. 776 b/m. 800, 3726 b/m. 3750, 10276 b/m. 10300, 10928 b/m. 10950, 13001 b/m. 13025, 16451 b/m. 16475, 19026 b/m. 19050 und 19851 b/m. 19875.

Die Kapitalbeträge werden gegen Rückgabe der vorstehend bezeichneten Aktien nebst den zugehörigen Zinsbogen mit den Bauscheinen Nr. 5 bis mit 12 vom 21. Dezember 1923 an bei der Staatschuldenkasse in Dresden, der Sächsischen Staatsbank, sämtlichen Reichsbankstellen, den Finanzstellen und den aus der Rückseite der Bauscheine genannten Bankstellen ausgezahlt.

Die Verzinsung der ausgelösten Aktien hört mit dem 31. Dezember 1923 auf; der Wert der später fällig werdenen Bauscheine, die nicht mit zurückgegeben werden, wird vom Kapitalbetrage gefestigt.

Wegen der früher fällig gewordenen, aber noch nicht eingelösten Aktien wird auf die Befreiungsliste vom 2. Juni 1922 verwiesen. Ein Verzeichnis dieser Aktien liegt bei der Staatschuldenkasse in Dresden-R. Alberstraße, aus.

Dresden, 4. Juni 1923. 1823

Sächsische Staatschuldenverwaltung.

Auf Grund der § 100 Abs. 1 und 100 b der Reichsgesetzesordnung wird gemäß dem Antrage Beteiligter und mit Rücksicht auf das Ergebnis des noch § 100 a der Gem.-Ordg. abgesetzten Gesetzungsverfahrens angeordnet, daß vom 15. Juni 1923 an sämtliche Gewerbetreibende, die innerhalb des Regierungsbezirks Bautzen das Seilerei gewerbe selbstständig ausüben, gleichviel, ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der mit diesem Tage für den genannten Bezirk mit dem Siehe in Bautzen zu beginnenden Seilergewerbeprüfung als Mitglieder angemeldeten haben. 1824

Mit dem 15. Juni 1923 werden die bisherigen freien Seilereiinnungen zu Kamenz und Bautzen gemäß § 100 b Abs. 4 der Gem.-Ordg. geschlossen. VIII 74 J Bautzen, 1. Juni 1923. Kreishauptmannschaft.

Auf Blatt 468 des Handelsregisters für die offene Handelsgesellschaft F. Klemmt & Co., Schuhfabrik in Bischöfswerda ist heute eingetragen worden, daß der Schuhmacher Max Edwin Koch in Großhartau in die Gesellschaft als persönlich hostender Gesellschafter eingetreten ist. 1807

Amtsgericht Bischöfswerda, am 1. Juni 1923.

Auf Blatt 120 und 31. Mai 1923 eingetragen worden:

1. auf Blatt 515, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Hollmann & Rose - Zweigniederlassung - in Chemnitz (Sie in Böhl); Die Gesamtprokura des Kaufmanns Alfred Hitzig besteht als Einzelprokura fort. Gesamtprokura ist erzielt dem Direktor Robert Weber in Gothaer (Fr. Göschwege). Er darf die Gesellschaft nur gemeinschaftlich mit dem früher bestellten Prokurator Willi vertreten; 1825

2. auf Blatt 4910, teils, die Firma Emil Meissner in Schönau; In das Handelsgeschäft ist ein Kommanditist eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1923 begonnen;

3. auf Blatt 7824, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Krone & Weller in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst, es findet Liquidation statt. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann Alexander Reiper in Chemnitz; 1826

4. auf Blatt 7847, betr. die Firma Friedrich Zimmermann in Chemnitz; In das Geschäft ist als persönlich hostender Gesellschafter eingetretener der Ingenieur Max Karl August Reinhold Schumacher in Chemnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1922 begonnen;

5. auf Blatt 5885, betr. die Firma Hans Hager in Chemnitz; Hans Bernhard Hager ist als Industrie ausgeschieden. Das Geschäft ist auf eine offene Handelsgesellschaft übergegangen. Gesellschafter sind die Kaufleute Gustav Paul Niedler und Otto Felix Scholle in Chemnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Mai 1923 begonnen;

6. auf Blatt 333, betr. die Firma G. G. Golpitsch in Chemnitz; Die Prokura von Max Adolf Arnold ist erloschen. Der Inhaber der Prokura von Erich Großer ist wie folgt geändert: Er darf die Firma mit gemeinschaftlich mit einem Handlungsbewollmächtigten vertreten; 1827

7. auf Blatt 6735, betr. die Firma Allgemeine Handels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Paul Rudolph Förster ist als Geschäftsführer ausgeschieden;

8. auf Blatt 6752, betr. die Firma Weider & Hemppfleißer Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. Liquid. in Chemnitz; Die Liquidation ist beendet, die Firma erloschen, das Amt des Liquidators Hemppfleißer erledigt;

9. auf Blatt 1427, betr. die Firma Zimmermann-Werte A. G. in Chemnitz; Gesamtprokura ist erzielt dem Kaufmann Robert Baumann in Chemnitz. Er darf die Gesellschaft nur gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmittelglied oder einem anderen Prokurrat vertreten;

10. auf Blatt 6590, betr. die Firma Siegelschmiede-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Der Geschäftsführer Ohm ist ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Syndikus Dr. Herbert Kühn in Chemnitz; 1828

11. auf Blatt 1138, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Paul Schneider in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Statt Clara Helene verm. Schneider ist ausgeschieden. Hans Schneider führt das Handelsgeschäft als Alleininhaber fort;

12. auf Blatt 3908, betr. die Kommanditgesellschaft in Firma Clemens Jöllner in Chemnitz; Engert in Schönaide, b) der Kaufmann Paul '64 V. berechnete, gleich 1 gezeigt, so ergibt sich

Der persönlich hostende Gesellschafter Heinrich Clemens Jöllner ist am 2. April 1922 gestorben. In das Handelsgeschäft ist als persönlich hostende Gesellschafterin an Stelle des Verstorbenen eingetretene Frau Anna Maria verm. Jöllner geb. Hößiger in Chemnitz. Einzelprokura ist erzielt dem Kaufmann Hugo Unger in Chemnitz;

13. auf Blatt 4513, betr. die Firma Bernhard Pötz in Chemnitz; Die Firma ist durch Aufgabe des Geschäftes erloschen;

14. auf Blatt 429, betr. die Firma Robert Windler in Chemnitz; Gesamtprokura ist erzielt dem Kaufmann Max Heinrich Wilmann in Chemnitz. Er darf die Firma nur gemeinschaftlich mit einem anderen Prokurrat oder einem Handlungsbewollmächtigten vertreten;

15. auf Blatt 6332, betr. die Firma Schumacher & Co. in Chemnitz; Prokura ist erzielt dem Reihenden Friedlrich Otto Neigel in Chemnitz;

16. auf Blatt 1795, betr. die Firma G. C. Richter & Co. in Chemnitz; Die Prokura von Karl Otto Richter ist erloschen. 1813

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E.

Auf Blatt 17392 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Balanz Schröd. und Stralsund Aktiengesellschaft in Dresden, ist heute folgendes eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 23. März 1923 hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Beschluß angegebenen Vermögenszuwendungen zu erhöhen um fünfzehn Millionen Mark, gesetzlich in dreitausend auf den Inhaber lautende Aktien zu je fünftausend Mark, zu erhöhen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 24. September 1920 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsurkunde vom 18. Mai 1923 in den §§ 3, 23, 26, 31 und 34 abgeändert worden. Weiter wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber 15 000 Stück werden als Stammmarkt - davon 5000 Stück zum Kurs von 800 % und 10 000 Stück zum Nennbetrag - und 500 Stück als Vorzugaktien zum Nennbetrag ausgegeben. Die Vorzugsaktien erhalten vor den Stammmarkten auf dem jeweils verfassten Jahresgewinn eine Dividende bis zu 9 %. Recht des Gewinns eines Jahres zur Zahlung der Vorzugsdividende nicht aus, so findet eine Nachzahlung der rückläufig gebliebenen Gewinnanteile aus dem versteckten Bruttoeinkommen späterer Jahre statt, jedoch erst dann, wenn die Vorzugsdividende für das abgelaufene Geschäftsjahr von bezahlt ist. Bei der Nachzahlung gehen die alten Gewinnanteile des jüngeren jeweils vor. Das Nachzahlungsrecht hatet an dem Dividendenanteile des Jahres, auf dessen Gewinn die Nachzahlung befritten wird. Gelangt aus dem Gewinnergebnis eines Jahres nach Berücksichtigung der Vorzugsdividende eine mehr als fünfzigprozentige Dividende aus den Stammmarkten, so ist für jedes volle Prozent, das die Stammmarkten über 11 % erhalten, den Vorzugsaktien eine Zugangsdividende von ¼ % zu gewähren. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft haben die Vorzugsaktien, ohne daß eine Nachzahlung rückläufig gebliebene Vorzugsdividende erfolgt, vor den Stammmarkten Anspruch auf den Nennbetrag ihrer Aktien und nehmen, nadem die Stammmarkten ebenfalls den Nennbetrag ihrer Aktien erhalten haben, an einem etwaigen Übertritt im Beträcknis des Nennbetages einen Anteil mit den Stammmarkten. Sind die Einzahlungen nicht auf alle Aktien in demselben Beträcknis geleistet, so sind hierbei allenfalls die auf das Grundkapital gehörigen Einzahlungen maßgebend. Die Vorzugaktien sind, soweit es sich um Geschäftsaufnahme über die Statutänderung, Aufsichtsratswahlen und Aufstellung der Gesellschaft handelt, mit gebrochenem Stimmrecht ausgestattet, haben aber in allen anderen Fällen, ebenso wie die Stammmarkten, nur einfaches Stimmrecht;

Auf Blatt 18160 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Hof, Heidemann & Förster Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden, Zweigniederlassung der in Regensburg unter der gleichen Firma bestehenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme beziehungsweise Vermittlung von internationalen Fluss-, Bahnen- und Übersee-Transporten, von Transport-Verbeschaffungen, Lagerungen und von in das Speditionsbuch einschlagenden Geschäften. Das Stammkapital beträgt eine Million Mark. Jeder Gesellschafter darf die Gesellschaft allein vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Julius Kemmer in Regensburg. Es wird noch weiter bekanntgegeben, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft nur durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen. Geschäftsrat in Dresden: Sedanstraße 7. 1815

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 4. Juni 1923.

Auf Blatt 18161 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb chemisch-technischer Produkte. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere ähnliche Unternehmungen zu erwerben. Das Stammkapital besteht neunhunderttausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Max Wilhelm Holt in Dresden, Adolf Arth Hermann Heldemann in Niederzehn und Max Richard Förster in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1825

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18162 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1826

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18163 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1827

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18164 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1828

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18165 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1829

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18166 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1830

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18167 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1831

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18168 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1832

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18169 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Altmährische Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Import- und Export-Geschäften zwischen Deutschland und Rumänien und anderen Staaten, sowie die Vermittlung und der Abschluß derartiger Geschäfte auf eigene Rechnung. Das Stammkapital beträgt achtzehn Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Oberarzt Dr. Theodor Dumitrescu und Legationsrat a. D. Theodor Schaarschmidt, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftsrat (Geschäftsraum: Josephinenstr. 20/22.) 1833

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Juni 1923.

Auf Blatt 18170 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Deutsche-Al

